



## Antrag

der Abgeordneten **Kathi Petersen, Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz SPD**

### **Keine Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass

- die im Rahmen des „Compact with Africa“ eingesetzten öffentlichen Gelder zielgerichtet nach dem Primat der Politik für Infrastrukturmaßnahmen zum Ausbau der Daseinsvorsorge und zum Aufbau regionaler Wirtschaftsräume eingesetzt werden, nicht zur Absicherung privater ausländischer Investitionen, und
- die Europäische Union ihr Budget für zivile friedensfördernde Maßnahmen „Instrument für Stabilität und Frieden“ (IcSP) nicht zur Ausrüstung von Streitkräften in Drittstaaten zweckentfremdet.

### **Begründung:**

Nach dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung („Marshall-Plan mit Afrika“) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie („Pro! Afrika“) hat nun auch das Bundesministerium der Finanzen ein Konzept für die künftige Zusammenarbeit mit Afrika („Compact with Africa“) vorgelegt. Demnach sollen durch „Investitionspartnerschaften“ in ausgewählten afrikanischen Ländern die Standortbedingungen für die Privatwirtschaft verbessert werden. Zu diesem Zweck werden aus dem Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 300 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zwar ist es durchaus zu begrüßen, wenn in Afrika neue Arbeitsplätze entstehen, allerdings ist bislang nicht gewährleistet, dass diese existenzsichernd sind. Es kann jedoch nicht Aufgabe von Entwicklungshilfe sein, mit dafür vorgesehenen Mitteln Privatinvestitionen abzusichern.

Eine noch drastischere Umwidmung öffentlicher Gelder ist auf EU-Ebene geplant: Dort sollen Gelder aus zivilen Budgets im Haushalt für militärische Zwecke eingesetzt werden. Eine solche Zweckentfremdung ist nicht akzeptabel. Sie ist zudem ein Indiz dafür, dass die vorgebliche Bekämpfung von Fluchtursachen zunehmend als Abschottung gegen Flüchtlinge interpretiert wird.